

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
Kapitel 1 - Europäisches Vertragsrecht	3
Kapitel 2 - Gang der Untersuchung	5
A. Die Verankerung des Prinzips der Privatautonomie im europäischen Vertragsrecht	5
I. Europäische Ebene	6
II. Mitgliedstaatliche Ebene	8
B. Kollisionsrechtliche Autonomie	9
Kapitel 3 - Die Verankerung des Prinzips der Privatautonomie auf der europäischen Ebene	11
A. Der Systemgedanke und das Prinzip der Privatautonomie	12
I. Die grundsätzliche Anerkennung des Prinzips der Privatautonomie auf der europäischen Ebene	14
II. Das Spannungsverhältnis zwischen den Grundfreiheiten und dem Prinzip der Privatautonomie	18
III. Struktur der EU	25
IV. Zwischenergebnis	30
B. Acquis communautaire	31
I. System des Acquis communautaire	32
1. Die Rolle des Verbrauchers im europäischen Recht	33
a. Der Verbraucher im europäischen Primärrecht	33
b. Der Verbraucher im europäischen Sekundärrecht	34
c. Einheitlicher Begriff des Verbrauchers	36
2. Verbraucherschutzkonzepte und Verbraucherleitbilder	40
a. Altliberales Modell	43
b. Schutzmodell	44

aa.	Verbraucherschutzmaßnahmen ohne situativen Anknüpfungspunkt	46
bb.	Erforderlichkeit eines situativen Anknüpfungspunktes.	47
c.	Informationsmodell	48
d.	Das Verbraucherschutzmodell auf europäischer Ebene	49
aa.	Binnenmarktkonzept vs. Verbraucherschutz	49
bb.	Exemplarische Betrachtung von Informati-onspflichten auf europäischer Ebene.	52
(1)	Verbrauchererichtlinie	52
(2)	Weitere vorvertragliche Informationspflichten.	54
	(a) E-Commerce-RL	54
	(b) VerbrKrRL.	54
	(c) PRRL	55
	(d) Vorschlag des GEK	55
	(e) ACQP	56
cc.	„Mix“ aus Informations- und Schutzmodell	56
dd.	Methode und Systematik innerhalb der europäischen Ebene	57
II.	Zwischenergebnis	66
C.	DCFR und das Prinzip der Privatautonomie	66
I.	Die Verankerung des Prinzips der Privatautonomie in dem DCFR	67
II.	Bedeutung für das Prinzip der Privatautonomie auf europäischer Ebene	67

Kapitel 4 - Die mitgliedstaatliche Ebene – Auswirkungen sekundärrechtlicher Rechtsetzungsakte auf das Prinzip der Vertragsfreiheit innerhalb der Mitgliedstaaten 69

A. Zwingendes und dispositives Recht	71
I. Auswirkungen zwingender und dispositiver Vorschriften auf das Prinzip der Privatautonomie.	71
1. Der Erlass zwingender Vorschriften.	71
2. Der Erlass dispositiver Vorschriften	77

II.	Warenkauf-RL und KlauselRL	79
1.	Zwingende Ausgestaltung der Warenkauf-RL so wie der KlauselRL	80
2.	Die KlauselRL und die deutsche Rechtslage	82
III.	Kompetenz zum Erlass dispositiven Rechts	83
B.	Exemplarische Betrachtung konkreter sekundärrechtlicher Vorschriften	89
I.	Vertragliche und vorvertragliche Informationen	90
1.	Vertragliche Informationspflichten	90
2.	Vorvertragliche Informationen	91
a.	Freiwillig vermittelte Informationen	91
aa.	Reiseprospekt	92
bb.	Garantie, Werbung und sonstige öffentliche Äußerungen	92
(1)	Selbst vermittelte Äußerungen	92
(2)	Äußerungen eines Dritten	94
cc.	Allgemeinere Regelungen	94
(1)	Acquis Principles	95
(2)	Vorschlag des GEK	95
b.	Vorvertragliche Informationspflichten	96
3.	Allgemeine Informationspflicht des Wettbewerbsrechts	97
4.	Exkurs: Informationspflichten des Käufers	99
C.	Auswirkungen der Informationspflichten auf das Prinzip der Privatautonomie	100
I.	Auswirkungen vorvertraglicher Informationspflichten auf die Vertragsfreiheit	101
1.	Freiwillig vermittelte Informationen	101
2.	Vorvertragliche Informationspflichten	102
II.	Selbstbestimmte und selbstverantwortliche Entscheidung des Verbrauchers im Lichte der Informationspflichten	105
1.	Selbstbestimmte Entscheidung	105
2.	Informationsüberflutung	111
a.	Die Unternehmerseite	111
b.	Informationsempfänger	113

c. Selbstverantwortung des Informationsempfängers	115
III. Gewichtung des personenbezogenen und situativen Anknüpfungspunktes	119
1. Zu der Rolle der §§ 13, 14 BGB.	120
2. Die europäische Rechtslage	122
a. Der Verbraucher und der Anwendungsbereich sekundärrechtlicher Instrumente	122
b. Die Auswirkungen der Warenkauf-RL sowie der VRRL	127
aa. Die Warenkauf-RL	128
bb. Die VRRL	129
c. Zwischenergebnis	131
IV. Verbraucherleitbild	132
D. Der Begriff des Verbraucherschutzrechtes	136
E. Standardisierung der Schutzzvorschriften – Erstreckung der Schutzzvorschriften auch auf reine Unternehmerverträge	137
I. Die Erstreckung der Bindungswirkung vorvertraglicher Angaben Dritter auf reine Unternehmerverträge	138
1. Erweiterung der Schutzwirkung auf Unternehmerverträge in dispositivem Umfang	139
2. Erstreckung auch der zwingenden Wirkung auf reine Unternehmerverträge	140
II. Die zwingende Wirkung der Schutzzvorschriften der PRRL	143
III. Die Erstreckung zwingender Bestimmungen der KlauselRL auf reine Unternehmerverträge und die Verwendung von Generalklauseln	145
1. Die zwingende Anwendung der KlauselRL auf reine Unternehmerverträge	146
2. Zwingend zu beachtende Generalklauseln bei Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen.	148

Kapitel 5 - Kollisionsrechtliche Parteiautonomie unter besonderer Berücksichtigung der Einführung optionaler vertragsrechtlicher Instrumente auf europäischer Ebene	149
A. Einführung	149
B. Kollisionsrecht und Parteiautonomie	152
C. Das Verhältnis eines optionalen vertragsrechtlichen Instruments zu den kollisionsrechtlichen Bestimmungen der ROM I-VO	155
I. Die Rechtswahl des Art. 3 Abs. 1 ROM I-VO	159
II. Wahl innerhalb des einzelstaatlichen Rechts	162
1. Normgeber	162
2. Anwendungsvorrang	163
3. Erwägungsgrund 10 GEK-VO-E und die Regelung reiner Drittstaatsensachverhalte	165
4. Zwischenergebnis	166
III. Kollisionsregel des GEK	167
Kapitel 6 – Schlussfolgerungen	169
Thesen	173
Literaturverzeichnis	175